

Auf dem 13. Plenum stellte Walter Ulbricht in seinem Referat die zum wiederholten Male seitens der DDR unterbreiteten, auf Revancheverzicht, Atomrüstungsverzicht, Anerkennung der Realität in Deutschland und Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten zielenden Aufforderungen und Vorschläge an die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik unter die Lupe. Bonn möge eine Politik der Mitte betreiben. Dazu hat es in allen Bereichen unserer Universität rege Diskussionen gegeben. Wir wollen versuchen, auf einige aufgeworfene Fragen zu antworten.

Es bedarf wohl keines ausführlichen Nachweises, daß die Feststellung des 11. ZK-Plenums, wonach die Hauptkräfte des Imperialismus nicht stärker, aber aggressiver geworden sind, sich in den letzten Monaten in Westdeutschland in einem Maße bestätigt, das eine allseitige Krisenstimmung im Bonner Aussen realitäts anzeigt. Die Bukarester Beratung im Frühjahr dieses Jahres und die Zurückweisung der Bonner Alleinvertragsanmaßung durch die DDR hat den politischen Geschäftsführern der westdeutschen Monopole, den gestrigen Vätern des „Grauen Planes“ ihr Konzept gründlich verorbnet, nach dem sie auf leiser, Sollen die DDR zu isolieren und sie schließlich gewaltsam zu akkupieren gedachten. Die Auseinandersetzungen in den Führungsgremien der CDU/CSU — man kann auch sagen zwischen einzelnen Gruppierungen der Monopolbourgeoisie — über verschiedene taktische Varianten der westdeutschen Außenpolitik, über militärstrategische Konzeptionen, über die Wege zur Erlangung der Verfügungsgewalt über Atomwaffen und über die perfekte Durchsetzung der Notstandsgesetze reflektieren die allgemeine Zerfahrenheit, die sich nach dem immer offensichtlicheren Scheitern und Verzögern ihrer Programme — verursacht durch die Politik und wachsende Festigkeit der DDR und der sozialistischen Staaten sowie in gewissem Maße auch durch die erstarkende demokratische Bewegung in Westdeutschland selbst — ausbreitet. In der Ökonomie haben der Kampf der Monopole um die Höhe der Profite und die Militarisierung der Wirtschaft eine Schärfe erreicht, bei der sich die Risse

im Gemäuer des staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht mehr überdauern lassen. Der Haushaltsentwurf der Bonner Regierung für 1967 z. B. bringt sie zum Ausdruck in einer Vielzahl von indirekten Steuererhöhungen, Einschränkungen von Sozialleistungen und Abwälzung staatlicher Sozialleistungen auf die Versicherten. Das Feuer, mit dem jetzt auch in Westeuropa und in der Bundesrepublik dem KZ-Baumeister Lübke und solchen Leuten wie Pitzner eingeheizt wird, tut ein übriges, um die Fliehkurve des westdeutschen Staates in die Höhe zu treiben. Für immer mehr Menschen im Westen wird so sichtbar, daß es heute um die Frage geht, die Erich Käybe bereits 1960 einmal in die Worte faßte „Sieg Hitler bei Bonn?“ — Das alles schließlich eingebettet in die allgemeinen Divergenzen in der NATO und durch sie maßgeblich beeinflusst, führte dazu, daß die Siegesgewißheit der Vorwärtsstrategie vom Winde verweht ist, wie es Walter Ulbricht auf dem Plenum ausdrückte, und daß die nachdenklichen Widersprüche des imperialistischen Systems immer deutlicher sichtbar werden.

In dieser Situation, da die Regierung Erhard das aussichtslose Geschäft betreibt, zwei Dinge unter einem Hut zu bringen, die sich absolut nicht vereinen lassen, nämlich einmal das Weiterverfolgen der alten Ziele und zum anderen die Zusammenführung der Interessen der verschiedenen imperialistischen Mächte und Monopolgruppen, da sie also bemüht ist, „die Quadratur des Kreises“ zu lösen, sieht sie sich heftigen Angriffen der Männer um Adenauer, Strauß, Barzel und Gerstenmaier ausgesetzt. Durch jene also, die auf kürzestem Wege die Widersprüche durch schärfsten innenpolitischen Kurs und Verschärfung der aggressiven Politik, in die sie auch die USA einbeziehen möchten, aus dem Wege zu räumen gedenken, die auf kürzestem Wege das wirklichen möglichen, was gerade in diesen Tagen in Gestalt der NATO-Übung „Fallex 66“ „realistisch bis zum Exzess erprobt wird“, den „Übergang vom Friedens- in den Kriegszustand“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“).

Geschichtliche Parallelen zu der Situation, in der sich die Erhard-Regierung

Ich habe nicht etwa die Absicht, Herrn Erhard gegenwärtig den Weg zu empfehlen, der den Erfahrungen der DDR und der demokratischen Kräfte in den europäischen Ländern entspricht. Es wäre für die Bevölkerung der beiden deutschen Staaten und für die Sicherheit in Europa jedoch schon von Nutzen, wenn in Bonn eine Politik der Mitte betrieben würde, das heißt eine Politik, die davon ausgeht, daß ein Nebeneinanderleben der beiden deutschen Staaten auf lange Zeit unvermeidlich ist und deshalb Schritte unternommen werden sollten, die der Erhaltung des Status quo dienen. Eine solche Politik der Mitte läßt es empfehlenswert erscheinen, das Gerede über die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 zu beenden und die Illusion aufzugeben, daß es jemals eine Situation geben kann oder sich Möglichkeiten zeigen können, die kapitalistische Herrschaft in Westdeutschland nach Osten auszudehnen. Wir fordern von den herrschenden Kreisen in Westdeutschland auch nicht, daß sie den Sozialismus der DDR überheben. Wir gehen also von den realen Möglichkeiten aus.

(Walter Ulbricht auf der 13. Tagung des ZK der SED)

jetzt befindet — so der Weg von Brüning über Papen und Schleicher zu Hitler, ein Weg, der ebenfalls mit Verfassungsbruch, Notstandsverordnungen und Steuererhöhungen im Interesse der Rüstung gepflastert war — besagen, daß sie unweigerlich immer weiter nach rechts abtreiben wird, wenn sie nicht zu einer tatsächlichen Alternative findet.

Diese Alternative aber kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt, will man nicht von einem illusionären Standpunkt an die Dinge herangehen, nur eine Politik der Mitte sein, hin zu bürgerlich-demokratischen Positionen, die auch für eine großbürgerliche Regierung akzeptabel sind.

Eine andere Orientierung kann es nicht geben, weil es zum gegenwärtigen Zeit-

punkt in Westdeutschland angesichts der eindeutig auf CDU/CSU-Kurs festgelegten Politik der SPD-Führung und der noch ungenügend entwickelten und ungenügend wirksamen demokratischen Bewegung keine Kraft gibt, die instand wäre, grundsätzliche demokratische Umwälzungen in Westdeutschland einzuleiten, und deshalb eine Politik, die von der Erhaltung des Status quo — bezogen auf das Nebeneinanderbestehen der beiden deutschen Staaten und die politische Ordnung Europas — ausgeht, schon von Nutzen wäre für die Sicherheit in Europa. Zum anderen entsprechen die sich daraus ergebenden konkreten Forderungen — Verzicht auf Expansion und Grenzrevision, auf Alleinvertragsanspruch, Griff nach Atomwaffen und Notstands-diktatur — nicht nur den Bestrebungen zu einer politischen Neuorientierung, die sich in einer Reihe NATO-Länder ausbreiten, sondern sie knüpfen auch an die in der demokratischen Bewegung in der Bundesrepublik entwickelten Forderungen und Zielstellungen an — womit diese Orientierung eine reale Basis hat. Sie wird helfen, diese Kräfte in ihrem Kampf gegen die Verschärfung der imperialistischen Diktaturbestrebungen im Innern zu formieren und ihnen letztlich auch das Wesen der Politik unseres Staates klarer hervor-treten lassen. Brinnert sei in diesem Zusammenhang nur an die Denkschrift des westdeutschen Schriftstellers Hans Magnus Enzensberger „Katechismus zur deutschen Frage“, in der er unter anderem feststellt:

„Kein Staat bedrückt in Europa einen anderen mit der gewaltsamen Veränderung seines Gesellschaftssystems, mit einer Ausnahme... Diese Prozesse müssen unter Kontrolle gebracht werden...“

Die Politik des Alleinvertragsanspruchs ist aussichtslos.“

Und weiterhin fordert er, „daß die Bundesrepublik sich förmlich von allen Plänen lössagt, die auf eine westdeutsche Beteiligung an der Verfügungsgewalt über nukleares Kriegsgüter hinauslaufen...“ Günter Lippold

Gesetz gegen die Anmaßung

In einer Vielzahl mündlicher und schriftlicher Äußerungen, die nur in einem einzigen Ausschnitt in unserer Zeitung widergespiegelt werden konnten, wiesen Wissenschaftler, Studenten, Arbeiter und Angestellte unserer Universität vor wenigen Monaten den anmaßenden Anspruch der westdeutschen Bundesregierung, die Bürger der DDR ihrer Jurisdiktion zu unterwerfen, mit aller Bestimmtheit als revanchistisches Manöver zurück und verwahrten sich entschieden gegen solche diskriminierende Übergriffe westdeutscher Organe gegenüber Bürgern unseres Staates, wie sie zum Beispiel die Literaturwissenschaftlerin Prof. Dr. Hedwig Voigt und andere Universitätsangehörige am eigenen Leibe verspüren mußten.

Diesem Verlangen nach Rechtssicherheit entsprach die Volkskammer auf ihrer jüngsten Sitzung mit der Annahme des Gesetzes zum Schutz der Staatsbürger- und Menschenrechte der Bürger der DDR, das diejenigen unter Strafe stellt, die vom Alleinvertragsanspruch ausgehend, Bürger der DDR wegen Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Staatsbürgerrechte verfolgen, und das den Geschädigten Wiedergutmachung zusichert.

Der Irrealität und Völkerrechtswidrigkeit der Revanche-Paragrafen des Bonner Strafgesetzbuches und des Hand-schellengesetzes steht damit ein Gesetz gegenüber, das in klarer Form der politischen Realität in Deutschland und dem Völkerrecht staatsrechtliche Gestalt gibt.

Prof. Dr. Dr. Hermann Buhlmann, Fakultät für Journalismus: Groteske Zumutung
Die Bonner Regierung möchte sich durch diese Rechtsmaßnahme im westdeutschen Ausland erweisen, welche wahren Widerstandspunkt und an der Westküste gebildet wurden. Wir protestieren gegen diese Rechtsmaßnahme der Bonner Regierung, die Gesetz der Bundesregierung auch auf Bürger unseres Staates anzuwenden. Wir können uns nicht mit der geringsten Zwangsverpflichtung in Form eines „Jus in“ Gesetz für Bürger unserer Sozialistik einverstanden erklären.
Eine solche Regelung verletzt die Gewandtheit der sozialistischen Maßnahmen gegen DDR-Bürger und bedeutet außerdem eine Diskriminierung für alle Bürger unserer Betriebs.

Staatliche Stellen, Gruppe 113: Wir unterstehen nur den Gesetzen, die wir uns selber geben
Alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik sind gleich vor einem Gesetz; niemand, der wir uns selber gegeben haben. Wenn die Bonner Regierung durch nach dem Beispiel Hitlers völkerrechtswidrige Ansprüche stellen und sich auch noch verpflichten zu können, dann macht sie sich Unliebsam über die internationalen wie über die nationale Konvention. An den Grenzen der sozialistischen Staaten sind damit auch an den Grenzen der DDR haben die Freiheitsrechte der Menschenrechte und Internationalen auf Widerspruch zu sein.

Vom 28. August bis 29. September 1966 weilte ich als Mitglied einer Reisegruppe in der Volksrepublik China. Wir waren in den Städten Peking, Tsinan, Sutschou, Schanghai, Hangschou und Kanton und versuchten natürlich, so viele Eindrücke wie möglich zu sammeln. Eindrücke waren dann auch reichlich vorhanden, leider entsprachen nicht alle der ursprünglichen Vorstellung; der Historiker kam zwar auf der Reise voll auf seine Kosten —, der Althistoriker ging dafür leer aus.

Während der Reise hatten wir ausreichende Gelegenheit, die „Kulturrevolution“ an Ort und Stelle zu studieren. Eigentlich sträubt sich die Feder, diesen Begriff hierfür zu verwenden, und sei es auch in Gänsefüßchen. Denn diese Ersehung hat in Wirklichkeit einen konkreteren Charakter. Irregelmäßig Jugendliche, meist zwischen 12 und 18 Jahren, wurden aufgesucht, Kulturdenkmäler zu vernichten; in Hausdurchsuchungen wurde alles aus Wohnungen hinausgeschleppt, was angeblich einem proletarischen Leben widersprach: Bücher, die nicht von Mao geschrieben waren, Porzellangeschirr, Sofas und sogar Haustiere. Antiquariate wurden geplündert — unsere chinesischen Dolmetscher sagten dazu „geordnet“ —, öffentliche Bücherverbrennungen, ausgetümmte Tempel und Pagoden, gestürzte steinerne Löwen zeigten neben widerlichen öffentlichen Exzessen gegen angebliche „Konterrevolutionäre“ den Weg der „Kulturrevolution“.

Mit dieser Aktion versucht eine kleine Gruppe, die sich um die Armeeführung unter Lin Biao gruppiert, die politische Macht an sich zu reißen und einen zu erwartenden Führungswechsel auf ihre Weise vorzubereiten. „Ben Min Ribao“, die Peking Volkszeitung und zugleich das Zentralorgan der KPCh, wird völlig von dieser Gruppe beherrscht. In Kundgebungen auf dem Tien-An-Men-Platz in Peking werden die Mao-Trupps besonders durch die Halbtüchtigen Lin Biao und Tschou En-lai aufgeführt. Mao bleibt als großer Dirigent im Hintergrund. Aber es wäre falsch anzunehmen, als würde sein Name von den anderen nur mißbraucht, es gibt genügend Äußerungen von ihm, die besagen, daß er und Lin Biao gemeinsam diese Bewegung leiten.

Die Mao-Trupps stehen selbst außerhalb der Kommunistischen Partei Chinas und außerhalb des Jugendverbandes. Letzterer existiert faktisch nicht mehr; da sich an-

geblich in seine Leitung „Revisionisten eingeschlichen“ haben, wurde die ganze Leitung zerschlagen. Die Mao-Trupps sind nach Schulen und Hochschulen organisiert, ihre Oberleitung liegt in den Händen der Armeeführung. Man wird Mitglied dieser Organisation nach Ablegung einer Prüfung, in der man die Kenntnis einiger Mao-Schriften nachweisen muß, und legt abschließend einen Eid auf Mao Tse-tung ab. Diese Mao-Trupps bilden die Massenbewegung, mit der die erwähnte Gruppe der Armeeführung sich die Macht erobern und sichern will. In Kundgebungen und Zeitungsaufsitzen werden die Mao-Trupps als Avantgarde vor der Kommunistischen Partei Chinas hingestellt. Nicht die KPCh, sondern sie sollen die Träger der „Kulturrevolution“ sein. Sie erhalten dabei zwei Hauptaufgaben: 1. die Beseitigung aller aus dem Parteiapparat und aus den Parteiorganisationen, die angeblich revisionistischen Ideen verbunden sind, 2. die Beseitigung der angeblich „bürgerlichen akademischen Autoritäten“ von den Universitäten und Hochschulen.

Worum geht es dabei eigentlich? In den vergangenen Jahren hatte es sich gezeigt, daß manche Parteiorganisationen, auch an Universitäten, Kritik an Mao-Kult und an der Antisowjettheorie übten. Zwar trat diese Kritik in intellektuellen Kreisen vor allem historisch verkleidet auf — man schrieb Theaterstücke und Novellen, in denen Helden der liberalen Opposition aus der Ming-Zeit und noch früherer Dynastien gefeiert wurden —, aber diese kritische Richtung gewann an Boden. Diese, jetzt von Mao und der Armeeführung eingeleitete Bewegung hat nun die Aufgabe, diese Oppositionsgruppen zu zerschlagen, die Kommunistische Partei Chinas in ein Instrument der Militärdiktatur umzuwandeln und alle Bürger, die auch nur die leiseste Kritik an Mao-Kult und an der Antisowjettheorie geübt hatten, zu terrorisieren. Man will auf diese Weise verhindern, daß nach einem Abgang Maos in China die Kräfte erstarken, die in der Lage wären, die KPCh auf den Weg des Marxismus-Leninismus zurückzuführen.

Der Mao-Kult übersteigt alle Vorstellungen. Es gibt öffentliche Lesungen aus seinen Werken auf Straßen und Plätzen, einer liest Satz für Satz vor, und die Umstehenden sprechen Satz für Satz nach. Auf dem Flughafen von Hangschou wurden wir im Flugzeug von der Stewardess

während des Starts der Maschine nicht mit dem erwarteten Luftbomben, sondern mit einem Kapitel aus Maos Werken begrüßt. Im Variété in Schanghai wurde zwischen zwei Auftritten eine Mao-Lesung eingelegt; mit Stolz zeigte man uns von den Mao-Trupps „neu geordnete“ Tempel, in denen nichts mehr an ihre früheren

Funktion erinnert; dafür hingen Mao-Bilder, Mao-Gedichte und Auszüge aus Maos Schriften auf Wandteppichen gewirkt oder in Wandstickereien an den Wänden, aus den ehemaligen buddhistischen Tempeln waren Mao-Tempel geworden. Der alte orientalische Kaiserkult ist wieder aufstanden.

Aber am unangenehmsten berührte uns doch die in eine Ekstase gesteigerte Antisowjettheorie. Es gab keine Gemeinheit, keine Niedertracht, keine Verleumdung, die man nicht den sowjetischen Genossen anhängte. Auf den Straßen wurden von Mao-Trupps Transparente getragen: Bevor wir uns mit dem USA-Imperialismus auseinandersetzen, müssen wir den modernen Revisionismus von Moskau zerschlagen. Geradezu erstreckend war, wie diese Antisowjettheorie schon in das Denken einfacher chinesischer Genossen eingedrungen war. Pausenlos wird dem chinesischen Volk durch Presse und Rundfunk eingehämmert, daß es in der Lage sei, mit eigener Kraft die Führung der Weltrevolution zu übernehmen usw. Natürlich gab es zahlreiche Versuche, uns in Trinkgesprächen und Bankettsprachen, in Freizeitsprachen oder in Busfahrten auf die Linie der Mao-Trupps hinduzulocken. Diese Versuche endeten mit einem Flohio: Wir erklärten klipp und klar, daß wir als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hinter unserer Regierung stehen würden, deren Standpunkt vor Sowjetunion mehr als einmal veröffentlicht worden sei. Und es war eine Freude zu sehen, daß die Gruppe in dieser Frage, obwohl von zwanzig Reiseteilnehmern nur zwei Mitglieder unserer Partei waren, im wesentlichen einheitlich auftrat.

Als wir zurückkehrten, waren die Materialien des 13. Plenums der SED schon veröffentlicht. Es war für mich beim Studium dieser Materialien direkt wohltuend, mich den niveaulosen Halbtüchtigen auf dem Tien-An-Men in Peking wieder eine exakte politische und wissenschaftliche Analyse unserer Lage zu lesen. Ich fand meine eigenen Eindrücke in der Einschätzung, die das 13. Plenum über die Vorgänge in China gegeben hat, voll und ganz bestätigt.

Prof. Dr. R. Günther, Leiter der Abteilung Geschichte des Altertums und Fachrichtungsleiter Geschichte

(Aus dem Bericht des Politbüros an die 13. Tagung des ZK der SED)

Was ist und warum orientieren wir auf eine Politik der Mitte?

Reise-Eindrücke aus der Volksrepublik China